



Antrag

Vorlage: AT/0012/2019		Datum: 10.01.2019	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge der Anlieger			
Gremienweg:			
24.01.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat Koblenz möge folgende Resolution beschließen:

1. Die im Land Rheinland-Pfalz vertretenen Fraktionen sowie das Land Rheinland-Pfalz werden vom Rat der Stadt Koblenz aufgefordert, sich für die Abschaffung der von den Bürgern zu tragenden Straßenausbaubeiträge einzusetzen. Den Kommunen wird stattdessen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs eine Pauschale zur Finanzierung der Straßenausbauarbeiten zur Verfügung gestellt.

2. Das Land Rheinland-Pfalz wird aufgefordert, eine entsprechende Gesetzesänderung herbeizuführen.

Begründung:

In Bayern wurde die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für Anwohner bereits in Landesrecht umgesetzt. Auch in anderen Bundesländern, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, wurden in den Landtagen bereits Anträge zur Abschaffung der Beiträge diskutiert. Die Erhebung der Straßenausbaubeiträge erzeugt bei der Verwaltung einen hohen Aufwand, bindet Personal und stellt eine erhebliche Belastung der betroffenen Bürger dar. Die Stadt Koblenz erhob in den Jahren 2012 bis 2018 insgesamt **2.845.505 Euro** (Drucksache des Landtages 17/6448) an Straßenausbaubeiträgen. Diese Beiträge werden zusätzlich zu der ohnehin anfallenden Steuerlast erhoben und müssen von den Anwohnern, die von den o.g. Maßnahmen betroffen sind, getragen werden.

Dank des Vorstoßes der Parteien in einigen Bundesländern und auch in Rheinland-Pfalz geht es nun um die generelle Abschaffung des Straßenausbaubeitrages für die Anlieger und damit um die Beendigung eines ineffizienten, ungleichen und letztlich ungerechten Erhebungsverfahrens.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, stellvertretender Vorsitzender, MdL